

Welt der Arbeit

Ausgabe 31

www.weltderarbeit.de

5. Juli 2006

WdA im Juli

Und weil der Mensch ein Mensch ist / Drum will er was zu essen, bitte sehr! / Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt / Das schafft kein Essen her. So heißt es in Bertold Brechts „Einheitsfrontlied“. An seinen bevorstehenden 50. Todestag wird bisher kaum erinnert. Die WdA tut es – und erwähnt nicht zufällig das kaum sättigende Geschwätz, mit dem uns so genannte Reformen schmackhaft gemacht werden sollen. Jedenfalls ist es lohnend, in Zeiten wie diesen ‚seinen Brecht‘ mal wieder zur Hand zu nehmen. Zu den weiteren Themen zählen zwei nahe gelegene Nachbarländer, weil von dort über besondere Aktivitäten zu berichten ist. Österreichische Gewerkschafter arbeiten selbstkritisch und konstruktiv an der Erneuerung der inneren Struktur ihrer Organisation. Und in der Schweiz führen Gewerkschafterinnen eine wichtige Kampagne gegen Lohnraub.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Terror gegen Arbeitslose

Seite 2

Gewerkschaften in die Betriebe!

Seite 3

Keine Allianz fürs Leben

Seite 4

Die Macht der Multis,

Kapitalismus pur,

Seite 5

Der ÖGB im Umbruch

Seite 6

Blick zurück: Bertold Brecht

Seite 7

Das Instituts für Medien, Kunst und Kultur stellt sich vor

Seite 8

Arbeitskosten im Mittelfeld,

Die Diebe sind unter uns,

Grundloser Jubel

Seite 9

Lohnkampagne in der Schweiz,

Buchtipp, Kommentar, Impres.

Seite 10

Volunteers

Seite 11

Um einen Gottsched von innen

bittend, Die Wut wächst

Seite 12

Du bist Bertelsmann

Terror gegen Arbeitslose

Der Sozialterror gegen Arbeitslose wird verstärkt. Ab 1. August 2006 wird das so genannte „Fortentwicklungsgesetz“ des Sozialgesetzbuches II wirksam. Hauptziel soll die Bekämpfung eines angeblichen Leistungsmissbrauchs sein. Im Kern geht es aber darum, Kosten zu sparen, nämlich pro Jahr 1,2 Milliarden Euro. Und der Druck auf die Erwerbslosen wird verstärkt.

Mindestens sieben Millionen Arbeitsplätze fehlen in Deutschland. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen steigt weiter, und der Trend zum Abbau regulärer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze setzt sich fort. Immer mehr Firmen zahlen bei Neueinstellungen derart niedrige Löhne, dass diese durch Arbeitslosengeld II ergänzt werden müssen. Der Kombi-Lohn ist im Bereich der „Beschäftigtenarmut“ längst Wirklichkeit.

Der Missbrauch der Sozialgesetze durch Unternehmer wird nicht bekämpft. Stattdessen werden die Opfer einer verfehlten Beschäftigungspolitik zu Tätern gemacht. Man straft sie mit verschärften Sanktionen und üblen Unterstellungen, indem man sie pauschal als „Schmarotzer“ oder „Faulenzer“ diffamiert.

Wie der Bundesgerichtshof feststellte, warten Arbeitslose im Durchschnitt drei Monate auf ein Vermittlungsgespräch. Und Angebote von der Bundesagentur für Arbeit erhalten sie relativ selten. Trotzdem palavern Politiker und Unternehmerfunktionäre mit penetranter Regelmäßigkeit vom weit verbreiteten Leistungsmissbrauch durch Hartz-IV-Empfänger. „Unsere Zahlen können Annahmen von 10, 20 oder 25 Prozent an Betrugsfällen, wie sie in Berlin gelegentlich genannt werden, in keiner Weise stützen“, erklärte ein Sprecher der Bundesagentur für Arbeit.

Um den angeblich massenhaften Leistungsmissbrauch aufzudecken, sollen die Wohn- und Lebensverhältnisse der Hilfebeziehenden stärker kontrolliert werden. Die Bundesregierung setzt auf Schnüfefeilei durch Sozialspitzel und greift dadurch erheblich in die Privatsphäre der Arbeitslosen ein. Damit nicht genug. Einige Ministerpräsidenten der CDU wollen so schnell wie möglich eine „Generalrevision“ von Hartz IV – und meinen Leistungskürzungen.

Die Bundeskanzlerin hat bereits für den Herbst dieses Jahres eine „grundlegende Überholung“ des Gesetzes angekündigt. Unionsfraktionschef Volker Kauder hat eine generelle Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger ins Spiel gebracht. Die Hilfebedürftigen sollen künftig ohne Zuverdienst auf jeden Fall ein paar Stunden täglich arbeiten. Und einige von der Union regierte Länder wollen offenbar, dass Hartz-IV-Empfänger künftig alle ihre Angaben mit einer eidesstattlichen Erklärung versehen. Arbeitslose, die beispielsweise aus Unwissenheit Fragen zur Beantragung von Arbeitslosengeld II falsch beantworten, würden sich damit automatisch strafbar machen. Laut Paragraph 156 Strafgesetzbuch stehen darauf bis zu drei Jahren Haft. Mit solchen Überlegungen und Vorschlägen wird wieder einmal deutlich, wie menschenverachtend Politiker auf die soziale Not Anderer reagieren. Viel näher liegend wäre es, Millionäre zu verpflichten, mit ihrer Einkommenssteuererklärung eine eidesstattliche Versicherung abzuliefern, die Betrug und Steuerhinterziehung ausschließt. Doch auf die Idee will man nicht kommen.

Die Politik gegen Erwerbslose wird fortgesetzt und verschärft. Die gesellschaftlichen Folgen sind noch gar nicht abzusehen. F.K.

Erfahrungen eines Betriebsratsvorsitzenden**Gewerkschaften in die Betriebe !**

Nach 34 Jahren Betriebsratsarbeit bei Bauer-Druck in Köln geht Helmut Schmidt in den Ruhestand. Der gelernte Schriftsetzer war seit 1992 Betriebsratsvorsitzender. Derzeit gehört er noch dem ver.di-Gewerkschaftsrat an. Außerdem ist er Vorstandsmitglied im ver.di-Fachbereich 8 (Medien, Kunst und Industrie) auf Bezirks-, Landesbezirks- und Bundesebene. Über seine Erfahrungen berichtet Helmut Schmidt der WdA (Fragen kursiv).

Was hatte dich ursprünglich zum Engagement für deine Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und in der Gewerkschaft motiviert?

Innerhalb der Druckvorstufe, in der ich als Schriftsetzer gearbeitet habe, gab es beträchtliche Lohnunterschiede. Ich habe mich schlicht ungerecht behandelt gefühlt. Kaum war das Problem gelöst, stießen wir auf weitere Lohnungerechtigkeiten. In der Druckindustrie erhielten damals die Maschinensetzer 20 Prozent mehr Tariflohn als andere Facharbeiter. Das war nicht zu rechtfertigen, schließlich waren auch die Anforderungen an die Drucker und die anderen Beschäftigten gestiegen.

Welche Aufgaben sind derzeit für einen Betriebsrat am schwierigsten zu lösen?

Als Betriebsrat muss ich über den Tellerrand des Betriebes hinausschauen. Ich muss die langfristigen Änderungen in der Branche kennen, ich muss wissen, mit welchen Strategien andere Unternehmer vorgehen. Durch wen erfahre ich das? Wer vermittelt mir Branchenkenntnis-

se? Bestimmt nicht meine Geschäftsleitung. Mir tun Betriebsräte leid, die glauben, ohne gewerkschaftliche Unterstützung auszukommen. Die meinen, mit Paragraphen die Interessen der Beschäftigten vertreten zu können, das führt in eine Sackgasse.

Die Unternehmer sind gegenüber Belegschaften und Betriebsräten spürbar aggressiver geworden. Welche Erfahrungen hast du in dieser Hinsicht gemacht?

Ungehemmt von der Politik und geradezu gestützt von der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit ist das kein Wunder. Alles hat sich dem Profitstreben und dem gesamtwirtschaftlichen Interesse unterzuordnen. Betriebe und Belegschaften werden zu Spekulationsobjekten. „Sanierer“ und „Berater“ übernehmen oft die Regie. „Unternehmer“ finden dann nicht mehr statt. Konzernzentralen, weit ab vom Betrieb, bestimmen alleine über das Schicksal der Beschäftigten. Eine wirkliche Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften vor Ort erfolgt so gut wie nicht mehr.

Die Bauer Druck Köln KG hat die Zahl der Beschäftigten kräftig abgebaut. Was waren die Gründe?

In der Tiefdruckbranche in Europa wurden und werden erhebliche Erweiterungsinvestitionen getätigt. Es folgten Unternehmenskonzentrationen, die den Kostendruck verstärkten. Die Auftragsmenge ist nicht im gleichen Maße mitgewachsen, sondern steht mit dem Rückgang

der Auflagenhöhen auch noch in Konkurrenz zum Rollenoffsetdruck. Bauer hat zudem eigene neue Investitionen in Polen in zwei neue Tiefdruckereien getätigt und entsprechend, neben neuen polnischen Aufträgen, Aufträge des Heinrich Bauer Verlages aus Köln abgezogen.

Du bist seit 25 Jahren Mitglied der zentralen Tariffkommission für die Druckindustrie. Was waren die größten tarifpolitischen Erfolge, und was war die bitterste Niederlage?

Als größten Erfolg betrachte ich die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche und die gleichzeitige Durchsetzung einer neuen Lohnstruktur in der Druckindustrie mit Verbesserungen für die Hilfskräfte und der Erweiterung der Lohnstufen von 100 auf 120 Prozent für die meisten Facharbeiter. Von der bittersten Niederlage kann man nicht sprechen. Es ist vielmehr der schleichende Verlust von Tarifstandards durch Tariffucht der Unternehmer in den vergangenen Jahren und die Bereitschaft von Belegschaften, unter dem Druck drohender Arbeitslosigkeit, Verzicht zu üben.

Die Gewerkschaften in Deutschland befinden sich in der Defensive. Wie ist der Machtverlust zu erklären?

„Die Gewerkschaft“ findet nicht mehr in den Betrieben statt, sondern in Vorständen und Gremien, die oft losgelöst von der so genannten Mitgliederbasis operieren. Mitglieder sind häufig nur noch „Versicherungsnehmer“ und nicht selbst Akteure.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

Wie könnten Gewerkschaften wieder in die Offensive kommen?

Aus der Begründung für den Machtverlust der Gewerkschaften lässt sich die Antwort ableiten. Gewerkschaft muss wieder in den Betrieb. Dort werden die Arbeitnehmerinteressen oder besser die Mitgliederinteressen formuliert. Dann braucht man auch keine europäische Untersuchung – wie zuletzt geschehen – zur Frage: Warum wird man Gewerkschaftsmitglied?

In jüngerer Zeit wird die mangelhafte Betreuung und Unterstützung von Betriebsräten und Belegschaften durch hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre beklagt. Warum? Wo sind die Defizite?

Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre sind oft nur noch Verwaltungsbeamte mit wenig Bezug zur betrieblichen Mitgliederbasis. Oft kennen sie den eigenen Betreuungsraum nicht und haben kaum Ahnung vom jeweiligen Wirtschaftszweig, geschweige denn von der Branche. So reduziert sich die Arbeit oft auf ein Weiterreichen an den „Spezialisten“ oder die Rechtsabteilung. Die gewerkschaftspolitische Diskussion oder gar der Aufbau betrieblicher Gewerkschaftsstrukturen findet so gut wie nicht statt.

Was wirst du nach Deinem Ausscheiden aus der betrieblichen Praxis im Ruhestand am meisten vermissen?

Bestimmt nicht die oft fruchtlose Beschäftigung gewerkschaftlicher Gremien mit sich selbst.

Das Gespräch führte Franz Kersjes.

Ungezügelter Arbeitsplatzvernichtung **Keine Allianz fürs Leben**

Die Nachricht kam für viele Beschäftigte überraschend. Auch der Gesamtbetriebsrat wurde vor der Veröffentlichung über die Stellenstreichungen im Allianz-Konzern durch das Management nicht informiert. Die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind empört, traurig, verzweifelt. Trotz Milliarden-Gewinnen werden sie entlassen. Oft haben sie viele Jahrzehnte, manchmal seit ihrer Ausbildung, für das Unternehmen, gearbeitet, geschuftet, alles getan. „Jetzt werden wir in den Hintern getreten“, sagt ein Sachbearbeiter in Köln. Dieser größte von 12 Standorten mit ca. 1.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll geschlossen werden.

Die Konzernleitung begründet den Arbeitsplatzabbau unter anderem damit, dass man kontinuierlich Marktanteile und Kunden verloren habe. Nun will man effizientere Strukturen im Konzern aufbauen. Ist das nicht auch ein Eingeständnis jahrelanger Misswirtschaft, wofür zweifellos das Management verantwortlich ist? Jetzt sollen die Beschäftigten für die Fehler der hoch bezahlten Spitzenmanager mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze büßen!

Das ist kein Einzelfall. Konzerne vernichten trotz hoher Renditen massenhaft Arbeitsplätze. Diesmal liefert der Allianz-Konzern den Beweis für Brutalität und Menschenverachtung im kapitalistischen System. Etwa 9.000 Menschen sind von den Plänen für Stellenstreichungen und Standort-schließungen bei Allianz und Dresdner Bank betroffen, obwohl der Konzern von Rekordgewinn zu Rekordgewinn eilt. Im Jahr 2005 wurde ein Jahresüberschuss von 4,5 Milliarden Euro erzielt. Dieses Jahr stehen 4,9 Milliarden

an. Für 2008 weist die Planung nochmals eine Milliarde Euro mehr aus. Durch den Arbeitsplatzabbau würden Kosten um 500 bis 600 Millionen Euro gesenkt, erklärte das Unternehmen.

Der anhaltende Arbeitsplatzabbau vor allem in renditeträchtigen Konzernen erfordert längst gesetzliche Initiativen. Die Deutsche Bank, zum Beispiel, vernichtete in den Jahren von 2000 bis 2005 rund 35.000 Arbeitsplätze. Bei der HypoVereinsbank waren es gut 11.000. Und die Commerzbank hat bisher knapp 6.000 Jobs gestrichen. Auch die Dresdner Bank hat in den vergangenen vier Jahren bereits 11.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Die Bundesregierung und viele Politiker schwadronieren unentwegt über die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Tatsächlich tun sie aber absolut nichts zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Alle beugen sich unter dem Einfluss der Lobbyisten vor der Macht der Konzerne. Sie haben nicht den Mut, wenigstens zwei gesetzliche Maßnahmen gegen die Willkür der Profitjäger durchzusetzen: ein Verbot betriebsbedingter Kündigungen ab einer bestimmten Gewinnhöhe, außerdem: die Verankerung des erzwingbaren Mitbestimmungsrechts von Betriebsräten in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Sollte sich der Gesetzgeber weigern, die Rechte der Beschäftigten zu stärken und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern, bleibt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur der Streik gegen die herrschenden Verhältnisse.

Franz Kersjes

Die Macht der Multis

Nahrungsmittelkonzerne beherrschen die großen Märkte der Welt. Die Gewinne steigen, die Aktionäre werden reichlich belohnt, und die Arbeitnehmer werden vor allem in den armen Ländern skrupellos ausgebeutet. Das Nestlé-Imperium ist beispielsweise einer der umsatzstärksten und profitträchtigsten transnationalen Konzerne mit Sitz in der Schweiz. Als Marktführer bei Mineralwasser, Kaffee, Eiscreme und Schokolade ist Nestlé heute weltweit die Nummer eins im Nahrungsmittelsektor. Mehr als die Hälfte des Umsatzes werden mit Marken wie Nestlé, Nescafé, Nestea, Maggi, Buitoni und Purina erzielt. Auf dem Speiseeismarkt gehören neben der eigenen Marke auch Gervais, Edys, Motta und Mövenpick zu Nestlé. Daneben gibt es den ausgesprochen lukrativen Mineralwassermarkt mit den Marken San Pellegrino, Vittel, Contrex, Perrier und Quezaz. Außerdem produziert der Konzern Kosmetika, Pharmazeutika und nicht zuletzt Heimtiernahrung.

Nestlé-Produkte wurden im Jahr 2003 in 511 Fabriken in über 86 Ländern hergestellt und in der ganzen Welt verkauft. Millionen Beschäftigte, vor allem selbstständige Bauern, sind von dem Unternehmen abhängig. Der Umsatz beträgt derzeit insgesamt rund 60 Milliarden Euro. Der Nettogewinn des Konzerns betrug fast 5 Milliarden Euro. In den Offshore-Finanzzentren von Steuerparadiesen wie den Bahamas oder den Kanalinseln ist Nestlé aktiv, um Steuern zu sparen. (www.transnationale.org)

„Enorme Profite, traumhafte Einkommen für die Geschäftsleitung, die Interessenverflechtung mit mehreren anderen Großkonzernen, die beeindruckenden Beziehungen zu Politik und Wissenschaft, Absprachen zwischen den ‚Großen‘ zur Sicherung ihrer Monopole, die systematische Anheuerung undurchsichtiger Zulieferbetriebe und nicht zuletzt eine ausgedehnte Produktion in den Ländern des Südens mit tiefen Lohnkosten für einen Markt, der sich im Wesentlichen auf die Länder des Nordens konzentriert, all diese Faktoren bringen dem Konzern wirtschaftliche, politische und steuerliche Vorteile. Nestlé befindet sich voll im Aufschwung – doch welchen Preis zahlt der Rest der Welt dafür?“ Die Autorinnen und Autoren der Schriftenreihe Attac-Texte beschreiben in „Nestlé – Anatomie eines Weltkonzerns“ (Rotpunktverlag, 9,50 €) die Machenschaften dieses riesigen Unternehmens, das von einem Familienclan beherrscht wird.

Nestlé kassiert in Europa Exportsubventionen und konkurriert beispielsweise mit der Milchproduktion in den Entwicklungsländern. Im vergangenen Jahr erhielt der Schweizer Lebensmittelkonzern 48 Millionen Euro Subventionen der EU, damit die Überschüsse der europäischen Bauern zumindest teilweise überhaupt abgesetzt werden können. In dem undurchsichtigen Geflecht von Zuschüssen, Verordnungen und Beihilfen gibt es noch zahlreiche andere Möglichkeiten, Staatsgelder zu kassieren.

In vielen Teilen der Welt missachtet Nestlé die Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. Attac berichtet in seiner Publikation über herausragende Arbeitskonflikte in Kolumbien, Südkorea, Japan, China, Frankreich, Thailand, Ecuador und auf den Philippinen. Der Konzern profitiert vom dramatischen Verfall der Kaffeepreise und fordert die Privatisierung der Wassermärkte. „Alles in allem lässt sich sagen, dass für Nestlé die Maximierung des Profits Vorrang vor allen anderen Erwägungen sozialer oder ökologischer Natur hat.“

Kapitalismus pur

Gewinner und Verlierer: Die Vorstände der 30 größten deutschen Unternehmen bekommen nach Berechnungen der Unternehmensberatung Kienbaum heute mehr als doppelt so viel wie noch 1998 – im Schnitt fast 200.000 Euro im Monat. Ein normaler Vollzeit-Arbeitnehmer dagegen verdient, inflationsbereinigt, heute weniger als 1998, im Schnitt 2.448 Euro im Monat.

Höhere Vergütung für Aufsichtsräte: Durchschnittlich legten die Bezüge der Aufsichtsräte im vergangenen Jahr um knapp 20 Prozent zu. Auch vier Jahre nach der freiwilligen Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft auf den so genannten Corporate Governance-Kodex lässt die Transparenz bei den Aufsichtsratsvergütungen weiter zu wünschen übrig: Nur 25 Konzerne weisen die individuellen Vergütungen der Aufsichtsratsvorsitzenden aus.

Europas bester Standort: Deutschland ist für ausländische Unternehmen der beste und attraktivste Standort in Europa. Das ist das Ergebnis einer Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young. Befragt wurden Manager von mehr als 1.000 international tätigen Unternehmen. Besonders geschätzt wird der Standort Deutschland laut Studie wegen der ausgeprägten Infrastruktur, der Qualität von Forschung und Entwicklung, der guten Ausbildung der Arbeitskräfte, der politischen Stabilität sowie der Attraktivität des Binnenmarktes. „Es gibt keine Krise des Standorts Deutschland.“

Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) im Umbruch **Zeichen setzen für einen Neuanfang**

Kapitalismus und Gewerkschaften passen nicht zusammen. Massenaustritte sind die Reaktion auf den Skandal um die gewerkschaftseigene Bank Bawag in Österreich. Ihre Spekulationsverluste sollen durch die Streikkasse der Gewerkschaften ausgeglichen worden sein. Tausende von Mitgliedern haben die 13 Gewerkschaften des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) verlassen. Das Vertrauen vieler weiterer Mitglieder ist schwer angeschlagen.

Der Gewerkschaftsbund hat sich jahrelang auf die Ideologie des Shareholder-Value eingelassen und ist damit fürchterlich gescheitert. Er hat sich genau mit jener Krankheit infiziert, zu deren Bekämpfung er angetreten war. Die finanziellen Folgen könnten das Ende des ÖGB bedeuten. Hinter den Kulissen wird bereits über eine Neugründung des Gewerkschaftsbundes spekuliert.

Seit Monaten gibt es mehrere Initiativen für grundlegende Reformen im ÖGB und einen gewerkschaftlichen Neuanfang. Die Initiatoren einer Internetplattform wollen strukturelle Änderungen, mehr Mitspracherechte der Basis und stärkere Kontrollen durchsetzen. Die ÖGB-Spitzen sollen künftig nicht mehr im Parlament (Nationalrat) sitzen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist veränderungsbedürftig. So sieht es eine interfraktionelle Initiative von Gewerkschaftern. Die im Folgenden zitierten Vorschläge der Initiative könnten auch den DGB-Gewerkschaften Anregungen vermitteln.

„Wir sind zornig und entsetzt. Die

österreichische Gewerkschaftsbewegung ist ins Wanken geraten. Einige SpitzenfunktionärInnen haben unser Vertrauen enttäuscht und großen Schaden angerichtet. Sie haben der Gewerkschaft die schwerste Krise seit ihrer Gründung beschert.

Doch die Gewerkschaftsbewegung muss wieder Boden unter den Füßen gewinnen. Mehr denn je brauchen die Menschen in diesem Land eine starke Interessenvertretung.

Wir wollen, dass der ÖGB wieder an Vertrauen bei Mitgliedern und in der Öffentlichkeit gewinnt. Dazu sind radikale Änderungen nötig. Daher fordern wir, dass die ÖGB-Spitzen für Gewerkschaftsmitglieder und künftige Mitglieder konkrete, sichtbare **Zeichen setzen**.

Zeichen, die beweisen, dass die notwendige politische und moralische Erneuerung in der Führung der Gewerkschaftsbewegung begonnen hat.

Ziel dieser Initiative ist es, dass die neue ÖGB-Führung die nachstehenden Forderungen öffentlich unterstützt und ihre Umsetzung am Bundeskongress im Jänner 2007 einleitet.

Der ÖGB wird demokratischer und unabhängiger. Der ÖGB ist unabhängig von den politischen Parteien. Der/Die ÖGB-Präsident/in und die Gewerkschaftsvorsitzenden ziehen sich aus dem Nationalrat und den Parteipräsidien zurück. Solche Funktionen werden von anderen Gewerkschafter/innen wahrgenommen.

In wichtigen gewerkschaftspolitischen Fragen werden Urabstimmungen unter BetriebsrätInnen

oder Mitgliedern durchgeführt.

50 Prozent der ÖGB-Spitze sind Frauen. Als erster Schritt in Richtung gerechter Anteil von Frauen in allen Entscheidungsgremien: Im Präsidium des ÖGB sind jedenfalls 50 Prozent der Mitglieder Frauen.

Der ÖGB öffnet sich. Der ÖGB gibt auch jenen eine Stimme, denen bisher zu wenig Platz eingeräumt wurde:

ArbeitnehmerInnen in Klein- und Mittelbetrieben, freie DienstnehmerInnen, geringfügig Beschäftigte, Neue Selbständige, Arbeitslose, MigrantInnen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen.

In der Organisationsreform werden schlagkräftige Organisationsstrukturen und Mitbestimmungsmöglichkeiten entwickelt.

Kleinere Fraktionen und Fraktionslose bekommen

Kontrollrechte. In allen Kontroll-einrichtungen aller Gewerkschaftsorganisationen stellen Minderheitsfraktionen und /oder fraktionslose GewerkschafterInnen die Vorsitzenden und die Mehrheit. Bei jeder Neuwahl wird zumindest 1/3 der Kontrollmitglieder ausgetauscht.

Das Einkommen der GewerkschafterInnen wird mit € 4.500 begrenzt. SpitzengewerkschafterInnen veröffentlichen sämtliche bezahlte Funktionen in der „Solidarität“. Für hauptberufliche GewerkschafterInnen gilt eine Höchstgrenze aller Einkommen von € 4.500 netto im Monat. Wird dieser Betrag durch Zusatzeinkommen überschritten, wird das Gewerkschaftsgehalt entsprechend gekürzt.“

www.zeichensetzen.at

Blick zurück: Bertold Brecht

Wer baute das siebentorige Theben?

An Brecht muss man nicht erinnern; aber der 50. Jahrestag seines Todes am 14. August ist vielleicht Anlass, einige seiner Texte erneut zu lesen, zum Beispiel die „Fragen eines lesenden Arbeiters“: *Wer baute das siebentorige Theben? / In den Büchern stehen Namen von Königen. / Haben Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? / ... Der junge Alexander eroberte Indien. / Er allein? / ... Jede Seite ein Sieg. / Wer kochte den Siegeschmaus? / So viele Berichte. / So viele Fragen.* Ein anderes Brecht-Gedicht, die „Kinderhymne“, ist 1989/90 in Erinnerung gerufen worden. An der Giebelwand eines Hauses in Nachbarschaft von einstiger Berliner Mauer und Reichstag war es wie als Aufforderung zur Verwendung als neues, gemeinsames Nationallied der Deutschen in großen Lettern zu lesen: *...dass ein gutes Deutschland blühe / Wie ein andres gutes Land.* Oder das „Lob des Lernens“: *Leerne das Einfachste! Für die / Deren Zeit gekommen ist / Ist es nie zu spät! / ... Scheue dich nicht zu fragen, Genosse! / Lass dir nichts einreden / Sieh selber nach! Was du nicht selber weißt / Weißt du nicht*“ Nicht zu vergessen: die Liebesgedichte, die Songs in den Interpretationen von Lotte Lenya, Gisela May oder Milva, schließlich die Arbeitsjournale, die Schriften zum Theater und Hunderte anderer Prosatexte, zu denen auch die „Fünf Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit“ gehören.

Auch seine eigene Herkunft hat der „bedeutendste Autor deutscher Zunge, der sich mit der Sache der Arbeiterbewegung verbunden hat“ (Iring Fetscher), poetisch dargestellt: *Ich bin aufgewachsen als Sohn / Wohlha-*

bender Leute. Meine Eltern haben mir / einen Kragen umgebunden und mich erzogen / In den Gewohnheiten des Bedientwerdens / Und unterrichtet in der Kunst des Befehlens. Aber / Als ich erwachsen war und um mich sah / Gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht / Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden / Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich / Zu den geringen Leuten... Geboren wurde Bertold Brecht in Augsburg am 10. Februar 1898 als Sohn des Leiters einer Fabrik.

Sein Schreiben begann früh. Er war entschiedener Kriegsgegner, aber nicht von Anbeginn ein Linker. Er sei, so hat er geäußert, erst durch die Arbeit an „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe“ zum Studium des Marxismus gekommen. Selbst sein größter Publikumserfolg, die „Dreigroschenoper“, ist so oder so interpretierbar: als zynisch-unterhaltende Zustandsbeschreibung des Kapitalismus oder als bitter-scharfe Kritik an Ausbeutung und Heuchelei. *Denn wovon lebt der Mensch? Indem er stündlich / Den Menschen auszieht, anfällt, abwürgt und frisst. / Nur dadurch lebt der Mensch, dass er so gründlich / Vergessen kann, dass er ein Mensch doch ist...*

Im Exil hat Bertold Brecht seine wichtigsten theoretischen Arbeiten und seine bedeutendsten Dramen geschrieben, darunter „Leben des Galilei“, „Mutter Courage und ihre Kinder“, „Der kaukasische Kreidekreis“. Prägend für Inhalt und Form seiner Theaterstücke waren der Marxismus auf der einen Seite sowie andererseits sein Wirken als Dramaturg an Max Reinhardts ‚Deut-

schem Theater‘, seine Tätigkeit mit Erwin Piscator an dessen ‚Politischem Theater‘, schließlich die Zusammenarbeit mit Curt Weill, dem Komponisten, der, wie der Dichter, nach 1933 ins Exil fliehen musste.

Nach Kriegsende ging Bertold Brecht in die DDR. Doch war er dort als Marxist, als Dichter, Denker und Theatermann durchaus nicht unumstritten. In Westdeutschland dagegen war die Meinung zu Brecht eindeutig: Er wurde abgelehnt. In den USA tobte hysterisch McCarthys Kampagne „gegen unamerikanische Aktivitäten“; und Antikommunismus beherrschte auch die Bundesrepublik. In der Schule der Fünfziger-, ja noch der Sechzigerjahre erfuhr kaum ein bundesdeutscher junger Mensch irgendetwas von und über Brecht; seine Werke standen nicht auf Spielplänen, Defa-Verfilmungen seiner Stücke durften in Westdeutschland nicht gezeigt werden. Drei Tage nach Brechts Tod wurde die KPD in Westdeutschland verboten. Im gleichen Jahr diskutierte man in der Bundesrepublik die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Kurz bevor er starb, schrieb Bertold Brecht einen Offenen Brief an den Deutschen Bundestag. Er sah einen direkten Zusammenhang zwischen Wehrpflicht und Weltkriegen: *Da ich gegen den Krieg bin, bin ich gegen die Einführung der Wehrpflicht in beiden Teilen Deutschlands, und da es eine Frage auf Leben und Tod sein mag, schlage ich eine Volksbefragung darüber in beiden Teilen Deutschlands vor.* Heute stehen deutsche Truppen in Kabul und in Kürze am Kongo.

Anna Riedel

Das Institut für Medien, Kunst und Kultur stellt sich vor

Die ver.di Bildungsstätte Lage-Hörste kann mittlerweile auf eine 52jährige Bildungsarbeit zurückblicken. Das eigene Haus für Bildung, Erholung und als Stätte der Begegnung errichten und nutzen zu können, das war für aktive GewerkschafterInnen mit einem hohen Identifikationsgrad, Beteiligung und auch persönlicher Opferbereitschaft verbunden. Die gewerkschaftlichen Bildungshäuser konnten eben deshalb als Motor für Innovation, als Kristallisationspunkt aktiver Gewerkschaftsarbeit und für den gesellschaftlichen Fortschritt gelten. Für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft waren und sind sie unverzichtbar.

Politische Bildung ist heute notwendiger denn je, auch wenn gesetzlich geregelte Freistellungsgrundlagen weniger in Anspruch genommen werden. Die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge, Fragen zum Renten- und Gesundheitssystem sind zu wichtig, sie den TV-Talkrunden zu überlassen. Der kritische Umgang mit Medien, die Diskussion und Veröffentlichung eigener Lebenswelten, beispielsweise in Radiowerkstätten des Bürgerfunks, sind nicht einzuschränken, sondern verdienen eine Ausweitung.

Die Bedeutung der Bildung für den Demokratisierungsprozess, für bürgerschaftliches Engagement und Solidarität, das sind die Güter, die nicht im Selbstlauf entstehen, sondern einer ständigen Förderung und Entwicklung bedürfen. Bildung kostet Geld!

Die Realität zeichnet ein anderes Bild. Bildungsstätten der unterschiedlichen Bildungsträger wur-

den bereits geschlossen oder sind von Schließung bedroht. Auf den Bildungsstätten der Gewerkschaften lastet folglich ein hoher ökonomischer Druck. Erschwerend kommt hinzu, dass gewerkschaftliche Seminare, Tagungen und Workshops in erheblichem Umfang in privatwirtschaftlich geführten Hotelbetrieben gebucht und durchgeführt werden. Die dafür eingesetzten Mittel werden damit der Bildungsarbeit doppelt entzogen: ungenutzte Belegkapazitäten in den Bildungsstätten und der Abfluss von Finanzmitteln in die Privatwirtschaft.

Die tariflichen Regelungen und Arbeitsbedingungen in der Hotelgastronomie, soweit sie überhaupt in Anwendung gebracht werden, sind hinlänglich bekannt. In den Bildungsstätten gelten die Entlohnungsstrukturen und Arbeitsbedingungen, die von den Gewerkschaften erstritten wurden. Überwiegend wird hier mit eigenem Personal gearbeitet.

Welche Rolle werden Bildungsstätten zukünftig einnehmen, welche Rolle wird ihnen zugeordnet werden? Wie können sie sich weiterentwickeln? Mit Bildungsstätten den Wandel gestalten, sie zu einer Drehscheibe für die aktuellen Herausforderungen unserer Zeit zu nutzen, Impulse für eine zukunftsorientierte Lebens- und Arbeitswelt zu setzen, darin liegt die Chance.

In der Verzahnung der Bildungsarbeit mit den Strukturen gewerkschaftlicher Interessenvertretung gilt es, Unterstützung zu organisieren und Bindungen zu festigen. Die ver.di-Bildungsstätten haben sich in ihrer Ausstattung, in Gastronomie-, Service- und Freizeitangebot gut aufgestellt. Sie bieten hohe Flexibilität und orientieren sich an den Bedürfnissen der Gäste und Kooperationspartner.

Hotelbetriebe hingegen sind nicht in der Lage, die Dienstleistung, Unterstützung und Atmosphäre zu bieten, die für die aktuelle und zukünftige gewerkschaftliche Bildungsarbeit erforderlich ist. Innovationen, Gegenbewegungen zum Sozialabbau oder Unterstützung bei Arbeitskämpfen sind von ihnen nicht zu erwarten.

Wer sich diese Zusammenhänge bewusst macht, wird seine Buchungsentscheidungen häufiger für die eigenen gewerkschaftlichen Bildungsstätten treffen wollen.

Auf der Internetseite der Bildungsstätte www.imk.verdi.de sind aktuelle Kultur- und Seminarangebote hinterlegt. Zum Herbst 2006 wird der neue Veranstaltungszyklus „Hörster Gespräche“ mit dem Schwerpunkt „Die soziale Lage in Deutschland“, gestartet.

*Karl-Wolfgang Seithümmer,
Leiter des Instituts für Bildung,
Medien und Kunst, Lage-Hörste*



ver.di - Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK)

(anerkannte Bildungseinrichtung nach dem 1. Weiterbildungsgesetz Nordrhein Westfalen)

Anschrift:

Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage
Tel. 05232 983 0
Fax. 05232 983 462
eMail: BST.IMK@verdi.de

Arbeitskosten im Mittelfeld

Deutschland liegt bei den Arbeitskosten für die Privatwirtschaft im Mittelfeld der EU15-Staaten - hinter den meisten nord- und westeuropäischen Industrieländern. 2004 mussten deutsche Unternehmer pro geleistete Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe und im privaten Dienstleistungsbereich 26,22 Euro aufwenden. Höher liegen die Arbeitskosten in Dänemark, Schweden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, den Niederlanden und Finnland – zwischen 30,70 und 26,80 Euro pro Stunde. Sehr ungewöhnlich ist die im internationalen Vergleich deutliche Spaltung zwischen relativ hohen Arbeitskosten und Löhnen im deutschen Verarbeitenden Gewerbe und relativ niedrigen Arbeitskosten im Dienstleistungssektor. Das zeigt eine neue Studie des Instituts für

Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

„Die Zahlen lassen die These abwegig erscheinen, Deutschland habe aufgrund hoher Arbeitskosten Wettbewerbsprobleme auf den Weltmärkten“, sagte Gustav A. Horn, Wissenschaftlicher Direktor des IMK. „Eine deutsche Spitzenstellung bei den Arbeitskosten, wie sie bisweilen behauptet wird, ist nicht zu erkennen. Deutschland liegt vielmehr in einem Feld mit seinen wichtigsten Handelspartnern und Konkurrenten“, so Horn. Zudem stiegen seit Mitte der neunziger Jahre die Arbeitskosten ebenso wie die Lohnstückkosten in Deutschland deutlich langsamer als in den anderen Ländern.

Auch eine Besonderheit der deut-

schen Volkswirtschaft wird in der IMK-Studie deutlich: Die Spreizung zwischen Löhnen im Verarbeitenden Gewerbe und den Löhnen im Dienstleistungssektor ist im internationalen Vergleich ungewöhnlich groß. So sind die Arbeitskosten mit 29,90 Euro pro Arbeitsstunde bei industriellen Arbeitern und Angestellten in Deutschland ähnlich hoch wie in vielen vergleichbaren Ländern, etwa Belgien, Frankreich, Schweden, Dänemark oder den Niederlanden. Im privaten Dienstleistungssektor liegen die deutschen Arbeitskosten und damit die Löhne hingegen mit 24,10 Euro deutlich unter denen in den meisten „alten“ EU-Ländern. In den vergangenen Jahren der Lohnzurückhaltung gingen von den vergleichsweise geringen Einkommen keine positiven Impulse auf die Binnennachfrage aus.

www.boeckler.de

Die Diebe sind unter uns

Das Finanzvermögen der deutschen Haushalte ist im vergangenen Jahr um 180 Milliarden Euro auf einen Rekordstand von 4,26 Billionen Euro gewachsen, berichtet die Nachrichtenagentur *Reuter*. Das Nettovermögen pro Haushalt betrug damit nach Angaben der Bundesbank knapp 70.000 Euro – etwa doppelt so viel wie Anfang der 90er Jahre.

Viele Millionen Haushalte und noch mehr Menschen haben jedoch weder Arbeit noch Vermögen, stattdessen aber hohe Schulden. Stimmt da etwas mit der Verteilung nicht? Ist da etwas schief gelaufen? Handelt es sich vielleicht um Diebstahl, Ausbeutung, Lohnraub und räuberische Erpressung? Die Diebe sind unter uns! Wer sorgt für Konsequenzen?

F.K.

Grundloser Jubel

„Die Entwicklung am Arbeitsmarkt war im Mai erfreulich. Die Arbeitslosigkeit sank überraschend stark, die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg nochmals an und der Beschäftigungsabbau hat sich weiter verlangsamt“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), Weise.

Alle jubelten: Politiker, selbsternannte Experten und die Medien. Endlich geht es wieder aufwärts! Von „Fortschritten“ und „verspäteter Frühjahrsbelebung“ war die Rede. In der Mai-Bilanz der BA wurden 349.000 Arbeitslose weniger als noch ein Jahr zuvor verzeichnet. Die Zahlen lagen im Vergleich zum April sogar noch um 255.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote rutschte endlich wieder unter die „Elf-Prozent-Marke“.

In Wirklichkeit fanden aber weit

weniger Menschen einen neuen Job als suggeriert wurde. Der gemeldete Rückgang beruht nämlich im Wesentlichen auf einer Software-Umstellung in den Arbeitsagenturen und Jobcentern. Durch eine Änderung des EDV-Systems werden nun erstmals kranke Arbeitslose flächendeckend und korrekt registriert und fallen deshalb aus der Statistik. Tatsache ist nämlich: Arbeitslose gelten für die Dauer ihrer Krankheit lediglich als „arbeitsuchend“, aber nicht als „arbeitslos“, weil sie während ihrer Krankheit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Diese Regelung gilt schon länger, konnte vorher aber von den Arbeitsvermittlern nur unzulänglich in die Computer eingegeben werden.

Sachverständige schätzen, dass etwa 150.000 Arbeitslose im Mai zeitweilig krank waren. Damit fällt die Bilanz eher mager aus.

Lohnkampagne in der Schweiz

Zehn Jahre nach Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes und genau 15 Jahre nach dem Frauenstreik, der den nötigen Schwung für die Verabschiedung dieses Gesetzes erzeugt hatte, gehen die Gewerkschafterinnen in der Schweiz wieder auf die Barrikaden. Im Rahmen der Lohnkampagne „Löhne rauf und Lohngleichheit jetzt“ fand am 14. Juni ein Aktionstag statt. An über 50 Orten wurden kleinere und größere Demonstrationen veranstaltet und Informationsmaterial verteilt. In Zürich, Bern, Lausanne und im Tessin wurden Arbeitgeberverbände und einzelne Unternehmen „besucht“. Ihnen und auch öffentlichen Institutionen, zum Beispiel dem Züricher Stadtrat, wurde die „Diskriminierungsrechnung“ präsentiert.

Trotz mancher Fortschritte verdienen Frauen in der Schweiz immer noch 20 Prozent weniger als Männer. 40 Prozent dieser Differenz kann man durch unterschiedliche Berufsbiografien „erklären“ (Dienstalter, Unterschiede in Tätigkeit und Funktion). Aber die restlichen 60 Prozent sind reine Diskriminierung, sind Lohnraub an den Frauen. Anders ge-

sagt: Für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommt eine Frau im Schnitt 12 Prozent weniger Lohn. In der Branche Druck und Verlage verdienen die Frauen jährlich durchschnittlich 18.000 Franken weniger als die Männer, eine Lohndifferenz von 23 Prozent. Nach Informationen der Mediengewerkschaft *comedia* beträgt die Höhe des jährlich an Frauen verübten Lohnraubs allein in der Druck- und Verlagsbranche insgesamt 145 Millionen Franken.

Diesen Lohnraub wollen die Mitglieder im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) nicht länger hinnehmen. Bereits im kommenden Herbst werden spezielle Lohnerhöhungen für Frauen verlangt, in einigen Branchen bis zum Doppelten der für die Männer geltenden Forderungen. Nächste Etappe der Kampagne wird die nationale Lohndemonstration am 23. September dieses Jahres sein.

Die nächste Ausgabe der Welt der Arbeit erscheint am 13. September 2006

* * * *

Buchtipps

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum 2006
 Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung
 17,50 €, www.memo.uni-bremen.de

In seinen konkreten Teilen entwirft das diesjährige Memorandum ein Programm zur Schaffung gesellschaftlich nützlicher neuer Arbeitsplätze. Es richtet sich gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und im

Bildungssektor, entwickelt Forderungen zur besseren Bildung aller und weist nach, dass Steuergerechtigkeit und eine nachhaltige Finanzpolitik die Grundlagen hierfür bereitstellen könnten. Die Arbeitsgruppe wendet sich mit ihrem Programm außerdem gegen den Neoliberalismus in Europa und gegen das Hartz-Desaster; sie formuliert Abwehrmöglichkeiten und begründet die Notwendigkeit eines arbeitsmarktpolitischen Neuanfangs. Denn eine andere Politik ist machbar!

Kommentar

Angst

Viele Menschen in Deutschland haben Angst vor der Zukunft, Angst vor Einkommensverlusten, Arbeitslosigkeit und Armut. Angst ist ein Symptom für eine kranke Gesellschaft. Sie verhindert Kritik und Beteiligung an der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Angst ist auch das Ergebnis von Unterdrückung. Wenn abhängig Beschäftigte nur noch schweigen, um nicht aufzufallen, wenn sie sich den Forderungen ihrer Vorgesetzten kritiklos unterwerfen und keinen Widerstand wagen, dann entsteht ungezügelter Herrschaft von Menschen über Menschen; denn Angst fördert das Konkurrenzverhältnis der Arbeitnehmer untereinander und führt zur Entsolidarisierung. Angst entsteht durch den Missbrauch von Macht, durch die uneingeschränkte Verfügung der Kapitalbesitzer über Produktionsmittel und Beschäftigte. Wer Angst überwinden und demokratische Zustände schaffen will, muss die Machtverhältnisse ändern. Das geht nur, wenn der politische Kampf erheblich verstärkt wird.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35
 Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung von Belegen erwünscht. – Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.

Volunteers

Es rechnet sich: Die Fußball-WM und der Standortfaktor Ehrenamt

Der Fußball-Weltverband Fifa schwimmt in Geld und 2006 wird im ganz großen Stil verdient. Die vertraglich garantierten Gesamteinnahmen betragen 1,6 Milliarden Euro, dazu rechnet die Fifa mit zusätzlichen Marketing-Zuflüssen von rund 600 Millionen Euro. Dem gegenüber schätzt der Verband seine Kosten auf 560 Millionen Euro. Es winkt also ein gigantischer Gewinn von über 1,6 Milliarden. Darin enthalten ist auch ein Steuergeschenk von rund 250 Millionen Euro, denn der deutsche Staat wird für die WM keine Steuerforderungen erheben.

Und um die Gastfreundschaft gegenüber der Fifa noch zu steigern, arbeiten 15.000 ehrenamtliche WM-Helfer - das bedeutet längst mehr als die traditionelle Fanbetreuung vor Ort. Einsatzgebiete können sich beim WM-Marketing ebenso ergeben wie in der PR-Abteilung oder dem technischen Service bei Telekommunikationsproblemen. Der deutsche Chef-Organisator Franz Beckenbauer zeigt sich begeistert von der Hilfsbereitschaft der Volunteers: "Man muss sich das einmal vorstellen: Da stellen sich 15.000 Menschen aus allen Bevölkerungsschichten vier bis fünf Wochen zur Verfügung, und das Einzige, was sie kriegen, sind Klamotten und Essen. Und viele nehmen dafür sogar ihren Jahresurlaub." Bei 15.000 kommt einiges an Arbeitsstunden zusammen. Doch nicht nur Kosten werden eingespart, es wird auch gleich noch der Ruf des Standorts Deutschland aufpoliert. Schließlich sind Enthusiasmus und Einsatzbereitschaft der Freiwilligen unschlagbar. Das hat auch DFB-Präsident Theo Zwanziger

verstanden, die Volunteers würden letztlich das Image der WM mehr prägen als der Fußballbund mit seinen 260 hauptamtlichen Kräften.

Dahinter steckt noch mehr. Die "Volunteers" sind strategischer Bestandteil der WM-Konzeption, es verbinden sich die Interessen der Organisatoren mit den Wünschen der deutschen Politik. Schließlich wird hierzulande seit einiger Zeit nach einem nationalen Modell für die globalisierte Ökonomie gesucht. Die Lösung hat verschiedene Namen einmal spricht man von "Bürgergesellschaft", "aktivierendem Staat" oder "aktiver Bürgergesellschaft".

Das neoliberale Mantra tönt dabei immer gleich: Es ist kein Geld vorhanden, darum müssen die öffentlichen Haushalte entlastet werden, besonders von sozialen Kosten - und der Bürger muss die Lücke mit ehrenamtlichem Engagement stopfen. Tatsächlich entzieht sich die Wirtschaft trotz erzielter Rekordgewinne immer erfolgreicher der Finanzierung öffentlichen Haushalte. Auch für die öffentliche Hand ist dann das persönliche Engagement der Bürger gefragt: Das Ehrenamt wird zum Standortfaktor.

Um den gewünschten Bewusstseinswandel herbeizuführen, wird seit einiger Zeit auf vielen Ebenen die Trommel gerührt. So suchte schon unter Rot-Grün die Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* nach konkreten politischen Strategien und Maßnahmen zur Förderung des "gemeinwohlorientierten Ehrenamtes". Auch die üblichen Verdächtigen wie die Bertelsmann Stiftung widmen

dieser Frage viel Zeit und Geld. Ein konkretes Ergebnis war die Imagekampagne "Du bist Deutschland", die demnächst ihre Fortsetzung finden wird. Es gibt auch handfeste Erfolge: In vielen Städten wurden bereits Freiwilligenagenturen eingerichtet und im September startet das Bundesnetzwerk *Bürgerschaftliches Engagement* seine zweite Projektwoche.

Auch im Vorfeld der WM wurde mit der deutschlandweiten "Ehrenamtstour 2006" das mentale Feld beackert, gemeinsam veranstaltet von der Fifa und dem deutschen WM-Organisationskomitee. Die offizielle Fifa-Website formuliert es so: "Durch den engagierten Einsatz der Volunteers soll aber auch die gesellschaftliche Bedeutung und die Leistungsfähigkeit des Ehrenamts in Deutschland betont und gefördert werden".

Schließlich werden die WM-Organisatoren nicht müde, auf die unersetzliche Hilfe durch die Freiwilligen hinzuweisen. So betont beispielsweise Franz Beckenbauer: "Die freiwilligen Helfer sind für uns ein ganz wichtiger Bestandteil. Ohne ihr ehrenamtliches Engagement wäre es überhaupt nicht möglich, die WM zu organisieren." Der dreisten Lüge wird öffentlich merkwürdigerweise nicht widersprochen. In der verschleierte Ökonomie dieser Fußball-Weltmeisterschaft spiegelt sich das gegenwärtige Gesellschaftsdrama.

Jörn Hagenloch

Erstveröffentlichung in der Wochenzeitung **Freitag** Nr. 26 vom 30. Juni 2006

Alexander von Cube

Um einen Gottsched von innen bittend

Bislang hielt ich die Unterschreitung jeder diskutablen Niveaugrenze für ein Privileg der „privaten“ Fernsehmacher, deren Comedyproduktionen in Dummheit und Geschmacklosigkeit beängstigend an jene „Narreteien“ auf den Jahrmarktbühnen erinnerten, die einst Gottsched und die Neuberin veranlassten, mit ihren Inszenierungen dem Theater seine heute „klassisch“ genannte Würde zurück zu geben.

Der Konflikt zwischen dem Fußball-Jungstar Lukas Podolski und dem WDR-Hörfunksender „Eins live“ um ein imaginäres „Tagebuch“, das „Poldi“ in infamer Weise zu einem geistlosen Proleten herabwürdigt, kann nur als peinlicher Rückfall in die kulturellen Abgründe eines neuen kulturellen Mittelalters gewürdigt werden. Dies ist umso beängstigender, da es sich nicht wie bei den „Privaten“ - durch schiere Geldgier begründen lässt, sondern als eklatanter Missbrauch von Gebührengeldern anzusehen ist.

Glücklicherweise hat der WDR-Hörer die Möglichkeit, die Auslassungen des WDR-Poldis mit den Aussagen der realen Figur in verschiedenen Interviews zu vergleichen. Denn anders als beim sonstigen Prolgewäsch (etwa in den Comedys von Sat 1 und anderen Kulturschändern) ist „Poldi“ keine Fiktion, mit der sich bestenfalls der jeweilige Darsteller blamiert, sondern ein real existierender Zeitgenosse, der gegen den WDR entsprechend auch auf Unterlassung geklagt hat; leider - soviel zur Rechtslage - ohne Erfolg.

Als „Person der Zeitgeschichte“ hat der junge Nationalstürmer Satire „hinzunehmen“: Der feine Unterschied zur möglicherweise strafbaren „Schmähkritik“ besteht laut DJV-Justiziar Pöppelmann darin, dass sie nicht ausschließlich darauf abzielt, „eine Person lächerlich und unmöglich zu machen“. Genau das aber leistet die WDR-Sendung, wenn sie „Poldi“ auf den tumben „Äh, du Prol“ reduziert. „Eins live“ firmiert als „Jugendwelle“. Das kann man so und so auslegen: entweder als ein Programm mit „pädagogischem Impetus“, oder als Sprachrohr der Ungezogenheit. Unter Hörfunkdirektorin M. Piel hat bei „Eins Live“ das Zweite die Oberhand gewonnen. Wie immer der Streit zwischen dem erstklassigen Fußballspieler und seiner zweitklassigen journalistischen Begleitung am Ende auch ausgehen mag. Eins ist sicher: Das Ansehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat dabei einen bleibenden Schaden erlitten, der ihn bei den anstehenden Gebührenverhandlungen noch teuer zu stehen kommen könnte.

Gesundheitsreform

Die Wut wächst

Es wird weiter abkassiert. Schon bei den vergangenen so genannten Gesundheitsreformen haben die Versicherten immer wieder erhalten müssen: Mit Praxisgebühren, Leistungskürzungen und höheren Zuzahlungen für Medikamente müssen sie die Finanzlöcher der Kassen stopfen. Nun hat die Bundesregierung beschlossen, die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung vom 1. Januar 2007 an um 0,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Damit soll ein drohendes Defizit von bis zu acht Milliarden Euro im nächsten Jahr ausgeglichen werden.

Die Ursachen für den erneuten Finanzierungsbedarf in der gesetzlichen Krankenversicherung hat die Regierungskoalition zu verantworten. So wird allein aus haushaltspolitischen Gründen der gerade erst eingeführte Bundeszuschuss zur Krankenversicherung von 4,2 Milliarden Euro für gesamtgesellschaftliche Leistungen der Kassen wie Mutterschutz im nächsten Jahr mehr als halbiert. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer werden die Kassen mit rund einer Milliarde Euro zusätzlich belastet. Deutschland zählt zu den wenigen Ländern in Europa, bei denen für Medikamente und viele andere Gesundheitsprodukte nicht der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt, wie beispielsweise beim Hundefutter. Außerdem will die Bundesregierung vom nächsten Jahr an weniger Krankenkassenbeiträge für die Hartz-IV-Empfänger überweisen.

Den gesetzlich Versicherten drohen auch über das Jahr 2007 hinaus weitere Abgabenerhöhungen. Zur Finanzierung des Gesundheitswesens soll ein Gesundheitsfonds eingerichtet werden, in den alle Mittel für die Kassen fließen. Kommt eine Krankenkasse mit dem vorgesehenen Einheitsbeitrag aus dem Fonds nicht aus, soll sie Zuschläge von den Versicherten erheben können. Ein Ausgleich der Krankheitsrisiken zwischen den Kassen ist nicht mehr vorgesehen. Von 2008 an sollen die Krankenkassenkosten für Kinder stufenweise aus Steuern finanziert werden. Insgesamt werden für Kinder rund 16 Milliarden Euro gebraucht. F.K.

Die Privatisierung der Politik **Du bist Bertelsmann**

Sie sind überall: die Bertelsmänner. In allen wesentlichen Bereichen nehmen sie hochwirksamen Einfluss auf politische Entscheidungen. Dazu gehören Medien-, Sozial- und Gesundheitspolitik ebenso wie das Thema Verwaltungsreform; auch EU-, Außen- und Militärpolitik zählen dazu. Die Einflussnahme geschieht durch direkte Politikberatung und die Besetzung von Regierungskommissionen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung. Auf Symposien und Konferenzen, wie dem „International Bertelsmann Forum“ oder dem „Kanzler-Dialog“ und ähnlichen Veranstaltungen, diskutieren hochrangige Politiker die Vorstellungen der Bertelsmann-Stiftung. Regelmäßig mit dabei: Reinhard und Liz Mohn, das Milliardärs-Ehepaar, das sowohl den profitorientierten Medienkonzern als auch die Unternehmensstiftung kontrolliert und repräsentiert, sowie Mitglieder aus dem Topmanagement des Konzerns.

Die westfälische Bertelsmann AG ist Europas größter Medienkonzern. Die Deutschen verbringen durchschnittlich eine Stunde pro Tag mit dem Konsum von Bertelsmann-Produkten. Zum Konzern gehören Medienunternehmen wie der Gruner+Jahr-Zeitschriftenverlag (u.a. *stern*, *Brigitte*), die RTL-Gruppe, die Verlagsgruppe Random House, die Bertelsmann Music Group (BMG), die Direct Group Bertelsmann mit den Buch-Clubs und die Gruppe Arvato mit den Druckereibetrieben. Der Konzernumsatz stieg im 1. Quartal 2006 um 17,3 Prozent auf 4,5 Milliarden Euro nach 3,8 Milliarden Euro in den ersten drei Monaten des Vorjahres.

1977 wurde die Bertelsmann-Stiftung von Reinhard Mohn als steuerbegünstigtes Aushängeschild des Unternehmens gegründet. 1993 übertrug er der Stiftung die Mehrheit des Grundkapitals der Bertelsmann AG. Eine raffinierte Konstruktion! Mohn spart Steuern und entmachtete zugleich seine Nachkommen. Die Bertelsmann AG ist nicht börsennotiert. Die Stiftung hält 57 Prozent der Aktien. Aber sie hat kein Stimmrecht. Die Familie Mohn hat sich die Macht gesichert. Das Stimmrecht wird von der Bertelsmann-Verwaltungsgesellschaft ausgeübt. In dem achtköpfigen Gremium ist die Familie Mohn mit vier Personen vertreten, hinzu kommen insgesamt vier Vertreter von Aufsichtsrat, Vorstand und Betriebsrat.

Die Bertelsmann-Stiftung verfolgt ganz im Sinne von Reinhard Mohn das ehrgeizige Ziel, Staat und Gesellschaft zu perfektionieren, und zwar nach Grundsätzen der Effektivitätssteigerung, die sich angeblich in den Bertelsmann-Stammbetrieben bewährt haben. Das sozialpolitische Monopol des Staates soll aufgelöst werden. Eine solche Gleichsetzung von Politik und Wirtschaft dürfte letztlich zu einer Entdemokratisierung führen. Wenn man nämlich den Staat wie ein Unternehmen führen will, dürften demokratische Prozesse eher nebensächlich oder störend sein.

Wenig bekannt ist, dass die Bertelsmann-Firmen im Korsett einer rigorosen Renditevorgabe stecken. Gefordert werden von jedem Einzelunternehmen 15 Prozent Gesamtkapitalrendite. Wenn sie verfehlt wird, werden die an-

geblich unabhängigen Geschäftsführer zum Rapport bestellt. Sie erhalten dann noch eine Bewährungsfrist; aber wenn sie erneut scheitern, kommt die ganze Firma auf den Prüfstand. Sie wird dann geschlossen oder verkauft oder in andere Konzernteile eingegliedert. Entlassungen der Beschäftigten sind oft die Folge. Tarifverträge sind im Übrigen im Konzern verpönt. Reinhard Mohns Partnerschaftsideologie von der Beteiligung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen ist eine Fiktion geblieben.

In den Publikationen der Konzerngruppen dürfen sich alle möglichen Vorstellungen und Gesinnungen tummeln, wenn nur das Renditeziel erreicht wird. Man gibt sich betont liberal. Und trotzdem übt Bertelsmann Meinungsmacht aus, eine verhin-dernde, ausschließende Macht. Bestimmte Themen und Positionen haben in den großen Medien des Konzerns von vornherein keine Chance.

Mit der Einflussnahme von Milliardären wie den Mohns beschäftigt sich der 2. Hamburger Kongress Bertelsmannkritik („DU BIST BERTELSMANN – Wie ein globaler Drahtzieher Medien, Bildung und Politik steuert“), der vom 14. bis 16. Juli 2006 in der Uni Hamburg (ehem. HWP) stattfindet. Veranstalter sind u.a.: ATTAC Hamburg, AG Demokratie und Information, Anti-Bertelsmann-Ini; unterstützt von ver.di, GEW, dju und anderen.

www.bertelsmannkritik.de
www.medienwatch.de